

56. Rundbrief des Landespräventionsrates Niedersachsen April 2013

1. Infos aus der Geschäftsstelle

- 1.1 Aufnahme neuer Mitglieder
- 1.2 Neuer Webauftritt des LPR
- 1.3 Neue Zielhierarchie des LPR
- 1.4 Aktionsplan III gegen häusliche Gewalt
- 1.5 Fachstelle Opferschutz hat Arbeit aufgenommen
- 1.6 Qualifizierung Opferberatung 2013

2. Veranstaltungen

- 2.1 Terminänderung 8. Niedersächsischer Präventionstag
- 2.2 Betrifft Häusliche Gewalt: Fachtagung am 13. November 2013
- 2.3 „Erziehung im Wandel oder Wandel in der Erziehung“ Fachtagung in Uelzen
- 2.4 Save the date: Tag der Medienkompetenz 2013 in Niedersachsen
- 2.5 7. Annual International Forum im Rahmen des 18. DPT

3. Veröffentlichungen

- 3.1 „Missbrauch verhindern!“ Aktuelle Informationskampagne

4. Preisverleihungen / Wettbewerbe

- 4.1 „Klar auf Fahrt. Alkoholprävention und Klassenreisen“ – Wettbewerb für alle Klassen ab der 8. Jahrgangstufe
- 4.2 Deutscher Bürgerpreis 2013 - Schwerpunktthema „Engagiert vor Ort: mitreden, mitmachen, mitgestalten!“

5. Verschiedenes

- 5.1 Bundesweites Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist gestartet
- 5.2 Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen informiert zu Videoüberwachung in/an öffentlichen Schulen in Niedersachsen
- 5.3 Neues Theaterstück vom Schauspielkollektiv- Neues Schauspiel Lüneburg zum Thema Mobbing
- 5.4 Neue Aktion des Runden Tisches gegen Gewalt in der Familie in Lüneburg
- 5.5 „Future of Prevention“ – Manifest des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit The (EFUS) verabschiedet

Redaktion:
Heike Ehlers
LPR Niedersachsen
Tel.: 0511/120-5256
heike.ehlers@mj.niedersachsen.de

1. Infos aus der Geschäftsstelle

1.1 Aufnahme neuer Mitglieder

Auszug aus dem Protokoll der Vorstandssitzung vom 07.02.2013:

Beschluss: Der Vorstand des Landespräventionsrates Niedersachsen beschließt gem. § 2 Abs.2 seiner Geschäftsordnung, das **Netzwerk Bildung und soziale Kompetenz in Helmstedt** als weiteres Mitglied aufzunehmen.

1.2 Neuer Webauftritt des LPR

Der LPR hat einen neuen Webauftritt! Dieser ist ab sofort unter der bekannten [Web-Adresse](#) zu finden.

Mit der Neukonzeption der Website möchte der LPR eine übersichtlichere Struktur sowie eine ansprechende und aktuelle Darstellung seiner Arbeit bieten. Selbstverständlich sind auch weiterhin alle Themen und Arbeitsbereiche der LPR-Geschäftsstelle auf der Website zu finden.

Kontakt

Heike Ehlers

Tel.: 0511/1205256

heike.ehlers@mj.niedersachsen.de

1.3 Neue Zielhierarchie des LPR

In einem gemeinsamen Strategieworkshop haben LPR-Vorstand und Geschäftsstelle die Ziele des LPR neu definiert und in einer Zielhierarchie zusammengefasst und dargestellt. Diese finden Sie auf der [Website des LPR](#).

Kontakt

Susanne Wolter

Tel.: 0511/1205252

susanne.wolter@mj.niedersachsen.de

1.4 Aktionsplan III gegen häusliche Gewalt

Die Niedersächsische Landesregierung hat im Oktober 2012 den „Aktionsplan III zur Bekämpfung häuslicher Gewalt in Paarbeziehungen“ beschlossen.

Im Vorfeld hatte eine Evaluation gezeigt, dass die Aktionspläne I und II eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen der Polizei, den Staatsanwaltschaften, den Unterstützungseinrichtungen für Frauen sowie den Gewaltberatungsstellen und den Jugendämtern darstellten. Die Befragung hatte darüber hinaus aber auch weiteren Handlungsbedarf in verschiedenen Themenfeldern erbracht.

Schwerpunkte des neuen Aktionsplans sind:

- Die Vermittlung von interkultureller Kompetenz für Einrichtungen, die in das Thema häusliche Gewalt eingebunden sind, soll weiter verbessert werden. In einem ersten Schritt hat das Sozialministerium eine einjährige Weiterbildung für Beraterinnen an der Universität Hannover ins Leben gerufen. Der Aufbau des landesweiten Netzwerks „Interkulturelle Beratung“ wird weiter gefördert. Dieses Angebot soll durch Fortbildungsangebote für alle beteiligten Institutionen wie die Polizei ergänzt werden.
- Die Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt soll weiter ausgebaut werden. Seit 2010 fördert das Land sieben Täterberatungsstellen, die psychosoziale Beratungsangebote anbieten.
- Die Hilfen im Bereich „Gewaltschutz“ und „Kinderschutz“ werden noch besser verzahnt.
- Frauen mit Behinderungen erhalten einen leichteren Zugang zu den Unterstützungseinrichtungen.
- Zahnärzte müssen für die Problematik häuslicher Gewalt sensibilisiert werden, da sie mit den Verletzungen von Betroffenen oft zeitnah konfrontiert werden.
- Trauma-Ambulanzen werden auch für diejenigen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, zugänglich gemacht.
- Es wird geprüft, wie polizeiliche Platzverweise noch besser kontrolliert werden können und wie in 2012 gestartete Modellprojekt „ProBeweis“ mit dem Angebot der kostenfreien und vertraulichen Dokumentation für Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt auf Dauer flächendeckend ausgebaut werden kann.
- Die Staatsanwaltschaft wird noch besser mit der Gerichtshilfe oder den Gewaltberatungsstellen vernetzt.

Zum [Download](#)

Kontakt
Andrea Buskotte
Tel.: 0511/1205253
andrea.buskotte@mj.niedersachsen.de

1.5 Fachstelle Opferschutz hat Arbeit aufgenommen

Die im Jahr 2012 von der Landesregierung beschlossene Opferschutzkonzeption wird seit dem 1.1.2013 in der Fachstelle Opferschutz beim Landespräventionsrat umgesetzt. Verantwortlich für die Umsetzung ist die Leiterin der Fachstelle Dagmar Freudenberg .

Inhaltlich geht es darum, für alle Opfer von Straftaten in Niedersachsen den Zugang zum Recht sowie zu Schutz und Hilfe zu gewährleisten. Die Opferschutzkonzeption kann auf der [Webseite des LPR](#) gelesen und herunter geladen werden.

Kontakt

Dagmar Freudenberg

Tel.: 0511/1205281

dagmar.freudenberg@mj.niedersachsen.de

1.6 Qualifizierung Opferberatung 2013 - Anmeldung noch möglich

Der Landespräventionsrat Niedersachsen bietet in Kooperation mit dem proVal-Institut, der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) sowie dem LidiceHaus eine modulare Qualifizierung zur "*Fachkraft für Opferberatung im Handlungsfeld rechtsextremer Gewalt*" an. Die Qualifizierung richtet sich an Fachkräfte, die in ihren Arbeitsfeldern mit der Beratung von Opfern von Hassverbrechen bzw. rechtsextremer Gewalt zu tun haben. Die auf vier Modulen basierende Fortbildung findet wieder ab Mai 2013 in Bremen statt.

Weitere Informationen und Online-Anmeldung finden Sie [hier](#).

Kontakt:

Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle

„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“

Landespräventionsrat Niedersachsen

Am Waterlooplatz 5A 30169 Hannover

Tel.: 0511-120-5266

Mail: nilako@lpr.niedersachsen.de

Infos: <http://www.lpr.niedersachsen.de>

2. Veranstaltungen

2.1 Terminänderung 9. Niedersächsischer Präventionstag!

Der Termin für den 9. Niedersächsischen Präventionstag hat sich geändert. Wir bitten Sie, sich den neuen und nunmehr endgültigen Termin zu notieren:

Mittwoch, 18. September 2013, in der Universität Hildesheim.

Kontakt:

Susanne Wolter

Tel.: 0511-120 5252

susanne.wolter@mj.niedersachsen.de

Heike Ehlers

Tel.: 0511-120 5256

heike.ehlers@mj.niedersachsen.de

2.2 Betrifft Häusliche Gewalt: Fachtagung am 13. November 2013

Die 11. Fachtagung der Reihe „Betrifft Häusliche Gewalt“ findet am 13. November 2013 in der Akademie des Sports, Hannover, statt. Eingeladen sind Fachkräfte aus Frauenunterstützungs- und Täterberatungsstellen, Polizei, Justiz, Jugendhilfe, Gesundheitswesen und andere Interessierte. Das Programm wird voraussichtlich ab August zur Verfügung stehen.

Kontakt

Andrea Buskotte

Tel.: 0511/120 5253

andrea.buskotte@mj.niedersachsen.de

2.3 "Erziehung im Wandel oder Wandel in der Erziehung" Fachtagung 18. – 20.09.2013 in Uelzen

Die Arbeitsgemeinschaft von DRK, Kirchenkreis und Präventionsrat veranstaltet anlässlich des Uelzener Forum 2013 eine dreitägige Fachtagung zu den gesellschaftlichen, politischen und fachlichen Veränderungen in der öffentlichen und familiären Erziehung.

Fachbereichsübergreifend setzen sich bis zu 200 Tagungsteilnehmer/innen aus Kitas, Einrichtungen und Diensten der Erziehungshilfe und Jugendarbeit in sechs Leitvorträgen und

mehr als 20 verschiedenen Workshops mit aktuellen Fragen der Erziehung von Kindern und Jugendlichen auseinander.

Die Teilnehmerkosten incl. Tagungsdokumentation belaufen sich für alle drei Tage auf 150,00 €, Ermäßigungen für Fachschüler und Studierende sind möglich.

Weitere Informationen **zum 8. Uelzener Forum 2013 und den Anmeldevordruck** erhalten Sie auf unserer [Internetseite](#).

Peter Wegener,
Geschäftsführer Präventionsrat Uelzen
Telefon: 05820-970324
e-mail: praeventionsrat-uelzen@t-online.de

2.4 Save the date: Tag der Medienkompetenz 2013 in Niedersachsen

Am 07. November 2013 findet in Hannover der Tag der Medienkompetenz statt.

2.5 7. Annual International Forum im Rahmen des 18. DPT

Im Rahmen des 18. Deutschen Präventionstag am 22. und 23. April 2013 in der Stadthalle Bielefeld findet das 7. Annual International Forum statt. In sieben Vorträgen werden internationale Perspektiven der Kriminalprävention diskutiert und insbesondere die deutschen Schnittmengen erörtert. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Ergebnisse zum Einbruchsdiebstahl auf Grundlage des International Crime Victims Survey, die Folgen und Verarbeitung des rechtsextremen Terroranschlags 2011 in Norwegen, Entwicklungen und Perspektiven europäischer Institutionen zur Kriminalprävention (European Forum for Urban Security, Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH, European Crime Prevention Network, Swedish Council for Crime Prevention) sowie internationale Erkenntnisse zu kriminalpräventiven Aspekten des Städtebaus. Die Vorträge sind in englischer Sprache und in der Programmstruktur des Deutschen Präventionstages integriert.

Kontakt
Dr. Marc Coester
DPT – Deutscher Präventionstag
Tel.: 0511/235-4949
dpt@praeventionstag.de

3. Veröffentlichungen

3.1 „Missbrauch verhindern!“ Aktuelle Informationskampagne

Aus der Pressemitteilung:

"12.444 Fälle des sexuellen Kindesmissbrauchs registrierte die Polizei im Jahr 2011. Diese Zahl bildet das eigentliche Ausmaß des Missbrauchs bei Weitem nicht ab: Zu groß ist das Dunkelfeld, zu selten wird sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen angezeigt. Dabei ist auch Strafverfolgung durch die Polizei ein wichtiger Teil des Opferschutzes. Deswegen hat das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) die bundesweite Kampagne „Missbrauch verhindern!“ ins Leben gerufen.

Ziele des Präventionsvorhabens:

1. Die Zahl der Missbrauchsfälle reduzieren.
2. Opfern durch frühzeitige Intervention und Vermittlung an Hilfseinrichtungen sowie durch eine Verbesserung der Hinweis- und Anzeigenbereitschaft helfen.

Diese Ziele will die Polizei erreichen, indem sie die Bevölkerung konsequent über sexuelle Gewalt an Minderjährigen informiert. Dadurch soll Missbrauch eher erkannt und vor allem beendet werden – auch durch eine Anzeige bei der Polizei. Ein Schwerpunkt der Initiative ist es, Betroffene und ihre Angehörigen über den Ablauf eines Verfahrens nach einer Anzeige zu informieren und so die Anzeigenbereitschaft zu erhöhen. Bei Eltern, Sorgeberechtigten und anderen erwachsenen Bezugspersonen von minderjährigen Opfern sollen Ängste gegenüber einer Strafanzeige abgebaut und somit eine konsequente Strafverfolgung sowie Opferhilfe gewährleistet werden. Die Verbindung von Opferhilfe und Anzeigenerstattung schafft die Kampagne auch durch die Kooperation von Polizei mit der bundesweiten Opferschutzorganisation WEISSER RING e. V."

[Mehr Informationen](#)

4. Preisverleihungen / Fördermittel / Wettbewerbe

4.1 „Klar auf Fahrt. Alkoholprävention und Klassenreisen“ – Wettbewerb für alle Klassen ab der 8. Jahrgangstufe

Auch wenn nach vorliegenden Befunden jugendlicher Alkoholkonsum rückläufig ist, so ist riskantes Trinken unter Jugendlichen bei Freizeitzusammenkünften mit Gleichaltrigen nach wie vor weit verbreitet. Im schulischen Alltag ist Alkoholkonsum von Jugendlichen zwar eher die Ausnahme. Nicht selten kommt es aber auf Klassenreisen trotz Verboten durch Alkoholkonsum zu für Lehrkräfte und auch Schüler/innen belastenden Situationen.

In Niedersachsen und Hamburg wird im laufenden Schuljahr der schulische Wettbewerb „Klar auf Fahrt. Alkoholprävention und Klassenreisen“ veranstaltet. Alle Schulklassen ab der Jahrgangstufe 8 werden dazu eingeladen und unterstützt, 1.) sich in Vorbereitung oder während einer Klassenreise mit den Risiken und Bedingungen des Alkoholkonsum auseinanderzusetzen, 2.) an der Planung und Gestaltung einer Klassenreise mit reizvollen Alternativen zum Alkoholkonsum mitzuwirken und 3.) einen Wettbewerbsbeitrag zu erstellen und einzureichen (z.B. Film, Drehbuch, Lied, Poster, Comic, ...), der zur Vermittlung alkoholpräventiver Botschaften für andere Jugendliche auch an der eigenen Schule dienen kann. Nach Anmeldung erhalten die Lehrkräfte ein umfangreiches Manual, das sie durch den gesamten Wettbewerb führt. Der Wettbewerbszeitraum endet am 11.10.2013. Attraktive Preise winken den Gewinnern, die auf einer Abschlussveranstaltung im November 2013 ausgezeichnet werden.

Alle Wettbewerbsinformationen und Kontaktmöglichkeiten sind im [Internet](#) zu finden. Dort können auch Flyer zur Auslage in der Schule bestellt werden.

Der Wettbewerb wird vom Hamburger Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung (ISD) in Kooperation mit dem Nordverbund suchtpräventiver Fachstellen (für Niedersachsen die Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen) durchgeführt, von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und dem Verband der privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) gefördert und findet unter der Schirmherrschaft von Mechthild Dyckmans, Drogenbeauftragte der Bundesregierung, statt.

Text und Kontakt:

Ricarda Henze

Niedersächsische Landesstelle für Suchtfragen (NLS)

Tel.: 0511/626266-17

E-Mail: henze@nls-online.de

4.2 Deutscher Bürgerpreis 2013 - Schwerpunktthema „Engagiert vor Ort: mitreden, mitmachen, mitgestalten!“

Der Deutsche Städtetag hat Folgendes mitgeteilt:

Der Deutsche Bürgerpreis der Initiative „für mich. für uns. für alle.“, Deutschlands größter bundesweiter Ehrenamtspreis, startet in die nächste Wettbewerbsrunde. Die Auszeichnung wird seit 2003 jährlich von den Partnern der Initiative vergeben: engagierte Bundestagsabgeordnete, die Sparkassen, die Städte, Landkreise und Gemeinden Deutschlands.

Für die Städte bietet der Deutsche Bürgerpreis vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort. Mit der Unterstützung des Ehrenamtspreises zeigen sie, dass sie das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland stärken und noch mehr Menschen für ehrenamtliche Aktivitäten begeistern möchten. 2013 steht der Wettbewerb unter dem Schwerpunktthema „Engagiert vor Ort: mitreden, mitmachen, mitgestalten!“

Mehr Informationen zum Deutschen Bürgerpreis stehen im [Internet](#) zum Download bereit.

5. Verschiedenes

5.1 Bundesweites Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist gestartet

Am 6. März 2013 hat das bundesweite Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ seine Arbeit aufgenommen. Es bietet betroffenen Frauen die Möglichkeit, sich zu jeder Zeit anonym und barrierefrei beraten zu lassen. Das Hilfetelefon ist rund um die Uhr an sieben Tagen in der Woche erreichbar und richtet sich sowohl an Frauen, die zu eigenen Gewalterfahrungen Unterstützung suchen als auch an Angehörige von Betroffenen und Fachkräfte. Das Hilfetelefon ist konzipiert als Einrichtung für Erstberatung und als Ergänzung für das bestehende Hilfesystem. Die Kooperation mit den Facheinrichtungen vor Ort und die Vermittlung von Hilfe suchenden Frauen an Beratungsstellen in Wohnortnähe ist ein wesentlicher Teil dieses Konzepts. Träger des Hilfetelefons ist das Bundesamt für Familien und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFZA) in Köln.

Erreichbar sind die Beraterinnen unter der bundesweit einheitlichen Nummer: **08000 116016**. [Hier](#) können Frauen auch über eine gesicherte, anonyme und barrierefreie Online-Verbindung

Kontakt zu den Beraterinnen aufnehmen. Über die Website gibt es auch einen Zugang zu einer Gebärdendolmetschung.

5.2 Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen (LfD) informiert zu Videoüberwachung in/an öffentlichen Schulen in Niedersachsen: Stand und Entwicklung der Videoüberwachung

„Die Entwicklung von Technik ist in unserer heutigen Zeit rasant; vieles wird schneller, kleiner, leistungsfähiger und auch billiger. Dieser Umstand führt dazu, dass die Anschaffung einer Videoüberwachung nicht mehr eine Investition von mehreren Tausend Euro darstellt. Auch in Zeiten von Budgetierungen sind verhältnismäßig kleine Videoüberwachungsanlagen bereits für wenige Hundert Euro zu erwerben und auch kleinere öffentliche Stellen können sich eine solche Investition leisten. Forderungen nach Einsparungen der öffentlichen Stellen führen auch immer wieder zu Überlegungen, Personalkosten zu sparen.

Beide Aspekte sind aus unserer Sicht dazu geeignet, dass sich öffentliche Stellen vermehrt die Frage stellen, ob Technik nicht Aufgaben von Personal übernehmen kann. Verschiedene Anfragen zum Thema Videoüberwachung beim LfD Niedersachsen belegen diese Annahme.

Videoüberwachung und Sicherheit

Im Zusammenhang mit dem Thema Videoüberwachung wird zugleich auch das Thema Sicherheit genannt.

„*Ein mehr an Videoüberwachung führt auch zu mehr Sicherheit*“ Gerade dieses Argument wird immer wieder angeführt und von vielen Innenpolitikern als Begründung für eine Ausweitung von Videoüberwachung genutzt. Studien aus Großbritannien belegen die o.g. Aussage nicht.

Aus Sicht des LfD Niedersachsen wird in der Diskussion Videoüberwachung und Sicherheit ein ganz entscheidender Aspekt nicht gesehen: Es gibt einen Unterschied zwischen Prävention und Repression.

Ganz unzweifelhaft hat eine Videoüberwachung einen Vorteil bei der Aufklärung von Straftaten. Täterinnen und Täter lassen sich u.U. durch eine Videoaufzeichnung identifizieren und die Tat kann durch die Strafverfolgungsbehörden leichter aufgeklärt werden.

Im Gegensatz dazu hat eine Videoüberwachung bislang nur sehr wenige Straftaten verhindert. Studien aus Großbritannien belegen, dass eine Ausweitung von Videoüberwachung nicht zu einem Rückgang von Straftaten führen. Vielfach kann lediglich eine Verlagerung der Tatorte verzeichnet werden.

Dessen ungeachtet wird weiterhin mit dem Argument mehr Sicherheit ein mehr an Videoüberwachung gefordert.

Videoüberwachung und Schulen

Vom LfD Niedersachsen wird vermehrt festgestellt, dass sich Schulen über die Möglichkeiten einer Videoüberwachung informieren.

Videoüberwachung soll an Schulen z.B. die Sicherheit an den Fahrradständern verbessern, die Pausenaufsicht unterstützen, Sachbeschädigung in Toilettenanlagen verhindern usw.

Vermehrt stellt der LfD Niedersachsen auch Nachfragen zum Thema Videoüberwachung im Zusammenhang mit dem Thema Amok fest. Schulen informieren sich bei ihrer örtlich zuständigen Polizeidienststelle und bitten um Unterstützung im Zusammenhang mit mutmaßlichen Amoklagen und werden von der Polizei oftmals auf die Installation einer Videoüberwachung hingewiesen, obgleich selbst die Informationsschrift des LKA Niedersachsen eine Videoüberwachung kritisch sieht.

Die Frage ob eine Videoüberwachung tatsächlich sinnvoll für die Kriminalitätsprävention ist und somit auch Steuergeld sinnvoll investiert wird, gerät oftmals in den Hintergrund.

Wie bereits oben beschrieben, ist bislang nicht belegt, dass eine Videoüberwachung einen Rückgang von Straftaten nach sich zieht.

Der Hinweis auf eine verbesserte Sicherheit wird in der internen Diskussion in Schulen z.B. mit dem Elternrat u.ä.- oftmals als „Todschlagnargument“ genutzt.

Der LfD Niedersachsen hat die Sorge, dass Videoüberwachung an Schulen in der nächsten Zeit zunehmen werden bzw. vermehrt eingesetzt werden soll.

Datenschutzrechtliche Erfordernisse werden hierbei oftmals aus Unkenntnis nicht in Erwägung gezogen.“

Text und Kontakt

Franz Moormann

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen

Tel: 0511 120-4523

Mail: franz.moormann@lfd.niedersachsen.de

5.3 Das Schauspielkollektiv informiert über neues Theaterstück zum Thema Mobbing:

„Die Geschichte von Lena“

Inhalt: „Lena wird zehn Jahre alt, hat einen doppelt so alten Bruder, ein behütetes Elternhaus und eine beste Freundin, Maria. Maria sitzt in der Schule neben ihr und war schon zwei Jahre hintereinander mit Lena und ihren Eltern im Sommer im Ferienhaus dabei. Drei Wochen Nichtstun, Fischen, Spaß haben. Es ist ein sehr kleines Haus und weil in diesem Jahr Lenas großer Bruder Klaus mitfährt, ist kein Platz mehr für Maria. Maria ist sauer, ziemlich sauer...

Lena schreibt Maria lange Briefe aus dem Urlaub. Berichtet von ihren Abenteuern. Angeln mit Klaus, dem Plumpsklo, wie sie in einen Kuhfladen getreten ist und wie eklig das war. Als die Ferien zu Ende sind, freut Lena sich riesig, ihre Freundin Maria und ihre Mitschüler wieder zu sehen. Doch in der Schule ist nichts mehr wie zuvor. Maria steht auf dem Schulhof und liest den andern Kindern laut aus Lenas Urlaubsbriefen vor. Alle lachen und eins ist nach der Geschichte mit dem Kuhfladen klar: Lena stinkt! Lena glaubt zuerst, der Spott geht schnell vorbei. Aber ihr Platz neben Maria ist auf einmal besetzt, keiner will mehr mit ihr spielen, hinter ihrem Rücken wird getuschelt. Dass ausgerechnet sie zum Außenseiter werden könnte und die Rolle mit der zuvor von allen - einschließlich ihr - verspotteten Patricia tauschen muss, hätte sie nie für möglich gehalten. Ebenso wenig wie das Verhalten von Maria, die Lena dem Spott der ganzen Klasse ausliefert. Als schließlich sogar zu ihrem Geburtstag keiner kommen will, hält Lena es nicht mehr aus...“

Es spielen: Katrin Röser, Andreas Püst, Julia v. Thoen

Regie: Thomas Flocken

Nachbereitung: Publikumsgespräch in bis zu vier Kleingruppen.

Zielgruppe: Geeignet für Klasse 3– 5 und für Elternabende und Fachpublikum

Zeitungfang: 50 Minuten Theaterstück + 45 Minuten Nachbereitung

Max.100 Zuschauer pro Vorstellung, bis zu zwei Vorstellungen am Tag möglich.

[Weitere Infos](#)

Kontakt:

Schauspielkollektiv- Neues Schauspiel Lüneburg

Waagestr. 1b

21335 Lüneburg

Tel: 04131- 989875

Mobil: 0172- 40 45 447

schauspielkollektiv@arcor.de

www.schauspielkollektiv.de

5.4 Neue Aktion des Runden Tisches gegen Gewalt in der Familie in Lüneburg

Aktion zur Bekanntmachung der Homepage www.gegen-gewalt-in-der-familie.de

Der Runde Tisch gegen Gewalt in der Familie ist eine Arbeitsgruppe des Kriminalpräventionsrates in der Hansestadt und im Landkreis Lüneburg.

Ziel des Runden Tisches ist die Vernetzung aller beteiligten Institutionen, um die Hilfen für Betroffene von Häuslicher Gewalt zu koordinieren und zu optimieren.

Jedes Jahr veranstaltet der Runde Tisch eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zum Thema „Gewalt in der Familie“. Ziel ist es, eine breite Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren und Opfern Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Seit 2011 steht die Homepage für von Gewalt in der Familie Betroffene im Netz. Dieses Medium ist eine zeitgemäße Plattform für Informationen und Hilfsangebote und wird besonders von jüngeren Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen genutzt. Da es wissenschaftlich belegt ist, dass Mädchen aus „Gewaltfamilien“ zu Opfern in Beziehungen werden können und Jungen ein hohes Potential entwickeln, selbst Täter zu werden, soll diese Homepage in der Region möglichst bekannt werden. Ziel ist es, dass potentielle Opfer sich möglichst frühzeitig Hilfe und Unterstützung holen.

Um die Homepage noch bekannter zu machen, startete Anfang dieses Jahres eine breite Öffentlichkeitskampagne. Drei Motive machen seit dem auf Plakaten, Postkarten, Aufkleber an Streifenwagen, begleitet durch die Berichterstattung in der Presse auf das Informationsangebot im Netz aufmerksam.

Kontakt

Eleonore Tatge

Tel.: 0 41 31 / 29 – 23 09

eleonore.tatge@polizei.niedersachsen.de

5.5 „The Future of Prevention“ – Manifest des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit (EFUS) verabschiedet

Das Manifest von Aubervilliers und Saint-Denis zur Kriminalprävention wurde am 14. Dezember 2012 zum Abschluss der internationalen interdisziplinären Konferenz „Sicherheit, Demokratie und Städte: Die Zukunft der Prävention“ vorgestellt, die von EFUS und den beiden genannten französischen Städten organisiert wurde.

Mit diesem Manifest bringen die EFUS-Mitgliedsstädte aus 17 europäischen Ländern ihre Ablehnung darüber zum Ausdruck, dass Sicherheitsarbeit nur in Notsituationen geleistet wird, und rufen dazu auf, langfristige politische Maßnahmen zu fördern. Sie fordern Prävention „als rationale strategische Option mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis.“ Sie verlangen ferner, dass der Prävention Vorrang eingeräumt werden muss, um „künftigen Generationen Sicherheit als Grundrecht und unerlässliches Element der Lebensqualität in Städten zu garantieren“, und fügen hinzu, dass Sicherheit „auf ein Gleichgewicht zwischen Repression und Prävention aufbauen muss.“

Zu der fünften internationalen interdisziplinären Konferenz des Europäischen Forums für Urbane Sicherheit kamen 900 Vertreter aus über 180 Städten und 40 Ländern vom 12. bis zum 14. Dezember in Aubervilliers und Saint-Denis (Frankreich) zusammen. Einer der zwanzig Themenbereiche wurde durch das Deutsche Forum für Urbane Sicherheit e.V. (DEFUS) gestaltet. Das Thema lautete: „Sicherheitsaudits, Programme und Evaluationen – Orientierungen für Entscheidungsträger“. In einer Podiumsdiskussion mit sechs Vertreterinnen und Vertretern von Kommunen und der Wissenschaft aus den Ländern Belgien, Deutschland, Italien, Kanada, den Niederlanden und der Schweiz fand ein Austausch zwischen Anforderungen, Bedürfnissen und Voraussetzungen der Kommunen und methodischen Standards und Methoden der Wissenschaft statt.

Das Manifest von Aubervilliers und Saint-Denis kann (auf Englisch) auf der [Efus-Webseite](#) eingesehen werden.

Nähere Informationen zu den Workshop-Ergebnissen finden Sie auf der [DEFUS-Webseite](#). Dort wird in Kürze auch die deutsche Übersetzung des Manifestes von Aubervilliers und Saint-Denis zu finden sein.

Kontakt

Dr. Claudia Heinzelmänn

Tel.: 0511/120 5262

claudia.heinzelmänn@mj.niedersachsen.de